

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
 \* Das schon ein Programm zur Revolutions-Feder? \*

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
 Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnementspreis monatlich frei Haus 2 RM. (halbjährlich 10 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Wälderbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-L. Wälderbahnstr. 2 / Fernspr. Nr. 17 259 / Drahtnachricht: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuzeit gebräuchliche Nonpareilzeile oder deren Raum 0,20 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anhängend an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Wälderbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Ersatzzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Donnerstag, den 27. Oktober 1927

Nummer 252

## Röhlers Geheimpakt

Die Finanzpolitik vor dem Hauptauschuß des Reichstags / Beamte werden nicht gehört / Die SPD stützt Röhler / Geheimverhandlungen über den Brief Parkers / Zollraub und Ersparnisse bei den Erwerbslosen

Am Mittwoch dem 26. Oktober begann im Hauptauschuß des Reichstages die Beratung der Beamtenbesoldungsordnung. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Vorsitzende einen Brief der Beamtenorganisationen, die verlangen, vom Auschuß gehört zu werden, um ihre Forderungen dem Auschuß selbst vorzutragen. Genosse Torgler unterstützte auf das nachdrücklichste den Antrag der Beamtenverbände und erklärte, daß die Würde des „Hohen Hauses“ dabei keinerlei Schaden erleiden werde, wenn der Hauptauschuß die Beamten offiziell anhört. Müller-Franken (SPD) kam der Bourgeoisie, wie immer, zu Hilfe. Er erklärte, daß es vollkommen genüge, wenn die Abgeordneten, die ein Interesse daran hätten, in einer inoffiziellen Sitzung mit den Vertretern der Beamtenorganisationen zusammentreten. Natürlich wurde dieser Vorschlag der Sozialdemokraten freudig aufgegriffen und der Antrag der Beamtenorganisationen gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Nunmehr begann der Reichsfinanzminister Röhler mit einer allgemeinen Uebersicht über die Finanzlage des Reiches. Er begann mit einem Rückblick über die Entwicklung der Finanzen seit dem Jahre 1925, um damit — wie er ausdrücklich hervorhob — die Ausgabensteigerung als Ergebnis einer zwangsläufigen Entwicklung hinzustellen. Die ordentlichen und einmaligen Ausgaben betragen im Jahre 1924 4,8 Milliarden, im Jahre 1925 4,96 Milliarden, 1926 5,7 Milliarden, 1927 6,76 Milliarden Reichsmark, also eine Steigerung um rund 1 1/2 Milliarden, wobei der stärkste Sprung mit rund 750 Millionen sich von 1925 auf 1926 vollzogen habe. Er begründete weiter die zwangsläufig steigenden Ausgaben mit dem „Wiederaufbau“ nach Krieg und Inflation. Wichtiger Bestandteil dieses Wiederaufbaues ist, wie bei Herrn Röhler nicht anders zu erwarten, das Reichschuldenwesen. Erst wenn diese Entwicklung zu einem gewissen Abschluß gebracht sei, könne man von einem Kammerletzt sprechen, der keine weitere Ausgabensteigerung zuläßt. Bei der Uebersicht über die großen zahlenmäßigen Ausgabensteigerungen stehen natürlich für Herrn Röhler an erster Stelle die Ausgaben für Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge, während er mit feiner Stille auf die riesigen Ausgabensteigerungen für den militärischen Unterbauapparat, die Reichswehr und Reichsmarine, zu sprechen kam. Er stellte zwar klar heraus, daß die Ausgaben für Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge für das Jahr 1927 auf 815 Millionen zu schätzen sind, daß aber der

Gesamt-Nettoaufkommen für das Reich im Jahre 1928 um rund 300 Millionen gegenüber dem voraussichtlichen Aufkommen des Jahres 1927 zu erhöhen. Das bedeutet für die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung eine weitere Verschärfung des Steuerdrucks.

Der Reichsfinanzminister sprach dann noch des längeren und breiteren über das Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, über den Finanzausgleich, über die Vereinfachung der Verwaltung des Reichs, der Länder und Gemeinden und über die Anleihepolitik.

Bevor Röhler zu seinen mit großer Spannung erwarteten Darlegungen über Entschuldigungsfragen und Inhalt der Denkschrift des Reparationsagenten kam, beantragte er, für den weiteren Teil seiner Rede, die Sitzung für vertraulich zu erklären. Genosse Torgler trat dieser Absicht, den Auschuß zu einer Denkschrift zu machen, mit Schärfe entgegen, da ja nichts mehr zu verbergen sei, nachdem die aus- und inländische Presse die Öffentlichkeit schon weitgehend genug informiert habe. Die Demokraten unterstützten Torglers Forderung mit der Einschränkung, daß über die Entschuldigungsfragen in öffentlicher Sitzung, über den Inhalt der Denkschrift jedoch vertraulich verhandelt werden solle. Auch hier kam der Sozialdemokrat Müller-Franken dem bedrängten Finanzminister zu Hilfe, indem er ihm versicherte:

daß die sozialdemokratische Fraktion für die Vertraulichkeit eintreten würde.

Die „nationalen“ Parteien, vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen, waren natürlich auch für die Vertraulichkeit. Sie konnten sich im übrigen nicht genug tun in Kotau vor der Allmacht des Reparationsagenten. Nach einem nachmaligen Hinweis des Genossen Torgler, daß die Beamten ein Recht darauf hätten, zu erfahren, welches Spiel mit ihren Lebensinteressen getrieben wird, stimmte der Bürgerblock, und dabei unterstützt von den Sozialdemokraten, gegen die Stimmen der Kommunisten und Demokraten für die Vertraulichkeit des Ausschusses.

Nach dieser vertraulichen Rede Röhlers beantragte Genosse Torgler, die Denkschrift des Reparationsagenten zu veröffentlichen und den Mitgliedern des Ausschusses anzustellen. Er berief sich dabei auf den Finanzminister Röhler, der diese Denkschrift als „nichts Außergewöhnliches“, als den Zwischenbericht des Reparationsagenten Gleichzeitiges hingestellt habe, die ja auch halbjährlich den Abgeordneten zugestellt würden. Es läge deshalb kein Grund vor, diese Denkschrift anders zu behandeln. Die Sozialdemokraten legten zwar auch auf die Veröffentlichung Wert, aber zu einem späteren Zeitpunkt, wenn das Einverständnis des Reparationsagenten vorläge. Der kommunistische Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. — Die Beratung wurde daraufhin abgebrochen! In der Donnerstag-Sitzung werden der Reichswirtschaftsminister Torgler und der Reichsbankpräsident Schacht ihr Sprüchlein herlegen.

## Die SPD zerfällt die Verhandlungen in Hamburg

Mit bösen Geigen in die Koalition

Hamburg, 27. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fanden zwischen der KPD, SPD und dem ADGB Verhandlungen über die Ausnutzung der sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit in der Hamburger Bürgerschaft statt. Die SPD-Führer, die bereits am Montag Geheimverhandlungen mit den Demokraten und der Volkspartei gepflogen und dort eine Koalition perfekt gemacht hatten, haben programmäßig und bewußt die Verhandlungen mit der KPD zum Scheitern gebracht. Schon die Zusammenkunft und Durchführung der Konferenz unter der Leitung des ADGB-Vorsitzenden Ehrenreith zeigten die bewußte Absicht zur Sprengung der Verhandlungen. Statt mit drei erschien die SPD mit sechs Vertretern. Zu den drei Vertretern des Ortsausschusses war noch einer des ADGB und der Afa hinzugezogen, so daß den 11 Sozialdemokraten 3 Kommunisten gegenüber standen. Die SPD-Führer lehnten auch die Aufnahme eines eigenen Protokolls durch die KPD ab, um desto leichter eventual Ausführungen später verbreiten zu können. Ehrenreith benahm sich im Verlauf der Verhandlungen sehr prozontierend und verlangte kategorisch die Zurückziehung der 14 Forderungen der KPD und wollte nur auf der Grundlage der 6 Forderungen des ADGB-Briefes verhandeln. Demgegenüber vertreteten die KPD-Vertreter die schon im Brief der KPD auf den bekannten ADGB-Brief vertretene Auffassung. Die Vertreter

der SPD und des ADGB spiketen die Verhandlungen auf die Frage zu, ob die KPD bereit sei, in den Senat einzutreten und somit die Verantwortung mit zu übernehmen. Dazu erklärte Genosse Rorben: „Teufel der Lehre von Marx und Engels bezeugt sich die KPD nur an einer Regierung, die die Machtverhältnisse ändern will und ändert, die sich also auf die Welle des Proletariats, auf die Arbeiterkräfte, stützt. Die KPD wird jobann unter Führung der Mittelstände die Arbeiter und Bauernregierung übernehmen. Eine Regierung wie der Senat, der nichts an der Herrschaft der kapitalistischen Klasse ändert, ist eine Regierung, in die die KPD nicht eintritt. Die KPD erklärt sich aber bereit, dem SPD-Senat die Möglichkeit zum Arbeiten zu geben, wenn er Arbeiterforderungen durchführt und das Proletariat gegen die Angriffe der Bourgeoisie parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützt.“

Ueber diesen Punkt fand eine ausgedehnte Aussprache statt, in der am Schluß einige SPD-Vertreter ihr Einverständnis erklärten, die Verhandlungen am Montag fortzusetzen. Der Vorsitzende Ehrenreith jedoch schloß die Verhandlungen mit der Erklärung, daß die Verhandlungen als gescheitert zu betrachten seien. Er gab den Kommunisten, die eine Erklärung abgeben wollten, noch nicht einmal das Wort. In dieser Erklärung, auf die wir noch zurückkommen, heißt es am Schluß: „Die KPD wird gegen diese Koalitionsregierung, die ein Hoffen sein wird auf den Willen der Hamburger Bürgerschaft, den unerbittlichen Kampf führen. Sie wird alles tun, um die Koalitionsregierung zu stürzen. Wir sind fest überzeugt, daß auch ein großer Teil der sozialdemokratischen Arbeiter Hamburgs und in diesem Kampfe unterstützen werden.“

Der offene Verrat an den Arbeiterinteressen durch die Führer der SPD und des ADGB wird den Prolet der Loslösung der Arbeiter von dieser bürgerlichen Arbeiterpartei brisanten. Sammlung der Werktätigen in einheitlicher Kampffront gegen den Bürgerblock, gegen die Reaktion auf allen Gebieten unter Führung der kommunistischen Partei! Nur dann wird die Arbeiterkraft im siegreichen Kampfe die kapitalistische Gesellschaft stürzen und die proletarische Diktatur verwirklicht werden, wie es unsere Brüder in Sowjetrußland bereits getan haben.“

Das Verhalten der SPD-Führer zeigt der Arbeiterkraft mit aller Deutlichkeit, daß die SPD nicht daran denkt irgendwo die Mehrheit von SPD und KPD auszunutzen. Sie tritt den Willen der Arbeiter mit Füßen. Sie stemmt sich jeder revolutionären Entwicklung entgegen. Die Forderung der SPD an die KPD zur Zusammenarbeit ist nicht mehr und nicht weniger als die, die revolutionäre Tätigkeit einzustellen, SPD-Politik zu machen, Arbeiterverrat zu betreiben. Je härter die Linksentwicklung der Arbeiter auftritt, um so härter wird die Führerschaft der SPD sich an die Seite des Bürgerblocks stellen, um brutaler wird sie sich dem Willen der Arbeiter entgegenstemmen. Nach den Erfahrungen von 1923 in Sachen haben die Arbeiter in Hamburg eine weitere, für das ganze Reich bedeutende Erfahrung. 1923 gelang es noch die Arbeiter durch das Vorgehen der Konterrevolution und eine von der SPD-Führerschaft unter-

wehretat allein 700 Millionen an Ausgaben verschlingt, vermied er ängstlich in Erinnerung zu bringen. Die Ausgaben für Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld hätten 1924 200 Millionen betragen, und seien in den folgenden Jahren auf 106, 340 und 496 Millionen angewachsen. Das bedeute eine Zunahme von fast 300 Millionen. Die Reparationsabteilungen hätten 1924 nichts, 1925 146 Millionen, 1926 483 und 1927 800 Millionen Reichsmark betragen. Die Ausgaben für Verpflegung und Ruhegehälter hätten 1924 rund 1 Milliarde, in den folgenden 1,4, 1,45 und 1,47 Milliarden ausgemacht, also auch hier ein Mehr von rund 400 Millionen Reichsmark.

Röhler ging dann auf die Entwicklung der Finanzlage im Jahre 1927 ein. Sie habe sich, entsprechend dem Konjunkturaufschwung günstig entwickelt, als bei der Kustellung und Verabschiedung des Haushalts für 1927 erwartet werden konnte. Aus den Gegenüberstellungen zwischen den im Etat veranschlagten Summen und den bisher aufgefundenen Beträgen geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß der Voranschlag bei der Lohnsteuer, bei den Zöllen und bei den übrigen massenbelastenden Steuern erheblich überschritten werden wird, während umgekehrt bei den Einkünften nennenswerte Mindereinnahmen zu verzeichnen sind. Bei der Vermögenssteuer, die mit 470 Millionen angelegt ist, sind in der ersten Jahreshälfte nur 200 Millionen eingekommen. Die Erbschaftsteuer war mit 100 Millionen angelegt, eingekommen sind in der ersten Jahreshälfte nur 33 Millionen. Röhler rechnet nur noch mit einem Jahresertrag von höchstens 70 Millionen Reichsmark. — Die Zölle dagegen, die mit 890 Millionen angelegt waren, haben im ersten Halbjahr bereits 628 Millionen ebracht. Das Gesamtaufkommen an Zöllen wird daher von Herrn Röhler auf etwa 1 150 Millionen, also rund 300 Millionen Reichsmark mehr als der Voranschlag vorsah, geschätzt. Bei der für 1927 mit 150 Millionen angelegten Lohnsteuer sind im ersten Halbjahr 840 Millionen eingekommen.

Auf der Ausgabenseite liegt die wesentlichste Ersparnis bei den Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge. Von den im Etat eingelegten 450 Millionen sind im ersten Halbjahr für Unterhalt und Krankenfürsorge nur rund 85 Millionen Reichsmark ausgegeben worden. Es ließe sich mit einer Ersparnis von über 200 Millionen Reichsmark rechnen.

Herr Röhler kündigte dann an, daß sich die Bilanzierung des Haushalts für 1928 ermöglichen lasse. Es sei eine starke Einschränkung der Ausgaben vorgesehen (gemeint sind die Ausgaben für soziale Zwecke), jobann ließen die tatsächlichen Steuerergebnisse des laufenden Jahres es gerechtfertigt erscheinen, das



Röhler vertritt sich hinter dem Reparationsagenten

Parker

Gilbert

Röhler

BEHALTS ERGÄHNUNG